

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 23614

Beim Abdruck mit Ausnahme der Eisen- und Seilzüge nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zusätzliche bei Bestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter zu tragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschel, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschel, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 66.

Sonnabend den 19. März 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der nachstehende 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.

Wilsdruff, am 17. März 1921.

Der Stadtrat.

12. Nachtrag.

zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915.

Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommensteil.

Der durch den 9. Nachtrag eingefügte § 10b erhält folgende Fassung:

§ 10b.

Die Steuer wird nur erhoben, wenn das steuerbare Einkommen den steuerfreien Einkommensteil übersteigt und wenn es bei den in § 10a Satz 2 genannten Einkommenssteuerpflichtigen mindestens 8000 Mark und bei den sonstigen Einkommenssteuerpflichtigen mindestens 11000 Mark beträgt.

Diese Grenze von 11000 Mark erhöht sich auf 12000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 2000 Mark bis einschließlich 2700 Mark beträgt, auf 13000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 2700 Mark bis einschließlich 3400 Mark beträgt.

auf 14000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 3400 Mark bis einschließlich 4800 Mark beträgt und

auf 15000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 4800 Mark beträgt. Wilsdruff, am 24. Februar 1921.

Der Stadtrat (L. S.) gez. Künigel, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten. (L. S.) gez. Oberlehrer Kantor Hienrich, 1. Vorsteher.

Vorstehender 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff ist von der Amtshauptmannschaft mit dem Revisionsausschuss genehmigt worden. Dresden, am 3. März 1921.

396 II.

Die Amtshauptmannschaft.

(L. S.) gez. Krug v. Ribba und v. Falkenstein.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt R der Landesverteilung und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 21. bis 27. März 1921 60 Gramm Butter auszugeben. Meissen, am 17. März 1921. Nr. 290 II O. Kommunalverband Meissen-Land.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reparationsausschuss hat eine Note an Deutschland entworfen, in der die Zahlung der auf falschen Berechnungen beruhenden Restforderungen von 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai verlangt wird.
- Der bisherige deutsch-schwedische Handelsvertrag ist jetzt außer Kraft getreten.
- Nach dem 19. März, 12 Uhr nachts, darf kein Abstimmungsbescheid mehr die oberste Grenze passieren.
- Die Demokraten in Preußen haben sich in einem Schreiben an die Demokratischen Parteien den Eintritt der Deutschen in die preussische Regierung ausgesprochen.
- Im Danziger Volkstag wurde der deutsch-nationale Abgeordnete Dähler von dem unabhängigen Fischer ins Gesicht geschlagen.
- Griechenland beschließt, die kleinasiatische Frage mit den Waffen zu entscheiden.

Neue Getreidebewirtschaftung

Wir stehen an einem wichtigen Wendepunkt unserer Getreidebewirtschaftung, aus begrifflichen Gründen später als die meisten anderen Großstaaten, aber noch immer früher, als man vor wenigen Monaten noch angenommen hätte. Die letzten beiden Jahre haben ja in die Zwangsbewirtschaftung auch des Getreides bereits an den verschiedensten Stellen Breche gelegt. Man braucht nur an den verheerenden Verlust der Freigabe des Haferhandels zu erinnern sowie an den Übergang der Getreidezufuhr an die Kaufmannsgesellschaften. Auch der infolge der verschiedenen Umstände restlos gescheiterte Versuch mit dem freien Maishandel gehört hierher, wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben möge, daß gerade auf diesem Sondergebiet in den letzten Wochen die Versuche der Regierung durch Austausch früher erworbenen Meißes weiseres Brotgetreide von den Landwirten herauszuziehen, einige Verwirrung gestiftet haben.

Aber das alles sind Kleinigkeiten. In der Hauptsache stehen wir heute noch bei der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide, und neben den Verteilungen von Brot und Mehl auf die Karten gibt es höchstens noch „Schleichhandelsmehl“ oder „brot“, aber keines im freien Handel. Nun sind im laufenden Erntejahr, wie bekannt, die Ablieferungen der Landwirte selbst hinter den besten Erwartungen sehr erheblich zurückgeblieben — was ja ein Grund für das oben erwähnte Maisaustauschgebot der Regierung war — und wir würden wahrscheinlich in der deutschen Brotversorgung zu recht erheblichen Schwierigkeiten gekommen sein, wenn nicht die Weltmarktlage uns den Einkauf im Ausland wesentlich erleichtert hätte. Mit der Zwangsbewirtschaftung in der bisherigen Form ging es wenigstens im kommenden Erntejahr nicht mehr weiter, darüber war man sich über die Kreise der Beteiligten hinaus schon seit längerer Zeit klar und in Sachverinigungen wie in der Presse wurden die Zukunftsmöglichkeiten sehr lebhaft erörtert. Daß sich dabei volle Einmütigkeit über die zu erstrebende Politik nicht ergab, lag wohl in der Natur der Sache. Trotzdem aber löste sich die Ansicht immer klarer heraus, daß wahrscheinlich die praktischste Art der Getreidebewirtschaftung im kommenden Jahr das sogenannte Umlageverfahren sein würde. Nun hat in diesen Tagen eine große Sitzung der Sachverständigen aus den verschiedenen Kreisen von Erzeugung, Handel und Verbrauch stattgefunden, die ja natürlich Beschlüsse nicht fassen konnte, in der aber tatsächlich die Stimmung zum weitaus überwiegenden Teil dem Umlageverfahren günstig war.

Wie wird sich nun, wenn die jetzigen Absichten in die Tat umgesetzt werden, unsere Ernährungs- und Getreidewirtschaft im kommenden Jahr eigentlich gestalten? Die Brotkarte wird bleiben, das ist als Grund- und Angelpunkt aller Erwägungen zunächst einmal festzuhalten, und zwar wird sie auf die bisherige Menge lauten, dagegen dürfen

die im laufenden Erntejahr hart gestiegenen Kochmehl-Lieferungen mit dem Ende des Erntejahres eingestellt werden. Auch der Kreis der Bezahler von Brotkarten bleibt der gleiche wie bisher. Das zu ihrer Vorsehung notwendige Getreide aber wird auf die einzelnen Landwirte „umgelegt“, d. h. also, jedem wird entsprechend seiner Anbaufläche von Palmfrucht insgesamt aufgegeben, bestimmte Mengen abzuliefern. Sie dürfen sich wohl etwa zwischen einem Drittel und der Hälfte der geschätzten Durchschnittsernte bewegen. Wahrscheinlich wird man dafür bestimmte, gestaffelte Lieferzeiten festsetzen, wie dies ja stets geschah, und dem Landwirt überdies gestatten, seiner Lieferungs-pflicht in der Getreideart zu genügen, die ihm am angenehmsten ist. Die durch die Umlage nicht herangeschafften Mengen zum Ausland erworben werden, und zwar wird dies wohl in der gleichen zusammengesetzten Weise geschehen, wie in der letzten Zeit. Dem Landwirt aber wird man, wenn er seiner Lieferungs-pflicht nicht genügt, nicht wie bisher ein „Requisitionskommando“ auf den Hof schicken, sondern — den Gerichtsvollzieher. Mit anderen Worten: der Landwirt wird die Umlage nicht herangeschafften Mengen zu einem Vielfachen des Umlagepreises zurückkaufen müssen, ein Verfahren, das, wenn auch zögernd, sogar von den Vertretern der Landwirtschaft als unentbehrliche Ergänzung der Umlage anerkannt wurde.

Der nicht umgelegte Teil der Ernte aber verbleibt dem Landwirt zu freier Verfügung und dem freien Handel. Hier liegen die Möglichkeiten einer Versorgung mit mehr und besserem Brot, mit Mehl und Teigwaren. Man rechnet wohl nicht mit Unrecht damit, daß alsdann manche Tonne Getreide den Weg auf den Markt und zur Mühle finden wird, die jetzt höchstens auf dem Umweg über den Schlächter, d. h. an das Vieh verfüttert an den Markt gelangte. Die Preisbildung wird ja durch die Weltmarktnotierungen innerhalb gewisser Grenzen gehalten, die etwa durch die augenblicklichen Preise der Auslandsmehle gezogen sein dürften.

Aus Anlaß dieser Besprechungen wurde festgestellt, daß die Neigung zur eingeschränkten Wirtschaft, über die in den letzten Jahren so sehr geklagt wurde, bei den Landwirten anscheinend im Schwunden begriffen ist. Wenigstens sollen sich die Düngerbezüge in der letzten Zeit erfreulich vermehrt haben, so daß man glaubt, unter Voraussetzung einigermaßen günstigen Wetters, mit einer Steigerung der Hektarerträge rechnen zu können. R. S.

Zollgrenze am Rhein ab 31. März.

Kein wirklicher Friede ohne Amerikas Eingreifen.

Der französische Ministerpräsident Briand sprach in der Kammer bei der fortgesetzten Aussprache über den Abbruch der Konferenz in London und die begonnenen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, förderte aber außer den schon bekannten vagen französischen Behauptungen nichts wesentlich Neues zutage. Briand sagte seine Darlegungen zusammen in dem Satz: Deutschland muß begreifen, daß die Sanktionen nur aufhören können, falls die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Frage der Verantwortlichkeit muß endgültig gelöst werden, 2. Die Entwaffnung muß vollkommen stattfinden, 3. Die Kriegsmittel müssen bestraft werden.

Einmarsch in Bayern geplant.

Im englischen Unterhause stellten die Nationalisten einen Antrag auf Besetzung von München und auf den allseitigen Einmarsch in Bayern, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verweigere.

Staatssekretär Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerständigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, über deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

Aus Paris wird gemeldet: Die nationalsozialistischen Kundgebungen in München und die Weigerung Bayerns, die Auflösung der Einwohnerwehren durchzuführen, waren Gegenstand einer Besprechung zwischen Irland und den militärischen Sachverständigen. Die französische Regierung vertritt offenbar den Standpunkt, die Auflösung der Einwohnerwehren gewaltsam durchzuführen.

Die Erhebung der Zölle.

Die Zollgrenze zwischen besehmem und unbesehmem Gebiet soll ab 31. März eingerichtet werden. Benötigten muß man dies nach Mitteilungen der Rheinlandkommission annehmen. Die Zolltarife sollen sehr gering werden, in vielen Fällen niedriger als die gegenwärtig durch die deutsche Regierung eingehobenen Zölle. Die deutschen Zollbeamten werden gemeinsam mit den Alliierten arbeiten. In Koblenz sind zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen und warten, bis sie in der amerikanischen Zone ihre Macht ansetzen können oder nicht. Der amerikanische Kriegssekretär Beck hat erklärt, daß General Allen der Regierung in Washington das Gesuch der Interalliierten Rheinlandkommission weitergegeben habe, daß die Zollmaßnahmen auch in dem von Amerika besetzten Gebiet durchgeführt werden müßten.

Lloyd George über die Entschädigungen.

Im englischen Unterhause machte sich bei der Beratung des Gesetzes über die 50prozentige Abgabe neue lebhaft Kritik bemerkbar. Lloyd George griff in die Debatte ein und erwähnte die Äußerung Simons', daß es für Frankreich vorteilhaft wäre, in Form von Lieferung von Rohmaterialien und Beschäftigung von Arbeitern die Wiedergutmachung wirksam zu machen. Lloyd George gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich, wenn man ihm ein derartiges ernsthaftes Angebot vorlegen würde, nicht von vornherein ablehnen würde. Großbritannien könne nur durch Geld entschädigt werden. Es habe kein Bedürfnis nach deutschen Rohmaterialien und nach deutscher Arbeitsleistung. Die Reparationsbill ist in der Ausschussberatung des Unterhauses ohne wesentliche Änderung angenommen worden.

Der Schlüssel zum Weltfrieden.

Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt zur Frage der alliierten Kriegsschulden eine Äußerung eines ungenannten englischen Diplomaten mit, der bei allen Friedenskonferenzen seit Versailles eine fährende Rolle gespielt habe. Der Diplomat sagte unter anderem, jeder vernünftige Mensch in England wisse, daß England nie einen Pfennig weder von Deutschland noch von seinen alliierten Schuldnern bekommen werde. Amerika halte den Schlüssel zum Weltfrieden in der Hand, und es werde nicht eher wirklichen Frieden geben, als bis Amerika eingreife.

„Über kurz oder lang wieder Verhandlungen.“

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, verneht um die Mitglieder des Vorstandes und des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrats, äußerten sich der Reichswirtschaftsminister und der Minister des Äußeren über die Zwangsmaßnahmen der Alliierten.

Minister Dr. Scholz sagte, der Selbstbund verkenne, daß Deutschland wenig von seinen Gegnern, besonders auch England, werde kaufen können, wenn sein Außenhandel durch die verlangte 50prozentige Ausfuhrabgabe gedrosselt werde. Der Außenhandel werde sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen und sich neue Wege suchen müssen. Es sei zu hoffen, daß der Osten von Europa sich für die deutsche Ware als aufnahmefähig erweisen werde.

Diese neuen Wege dem Handel zu erleichtern, sei Pflicht der Reichsregierung. In Frage komme eine Erweiterung der Ausfuhrkontrollen, der Regial der Preiskontrolle auf den meisten, der Mengenkontrolle auf verschiedenen Gebieten, dazu auch Abbau der Ausfuhrabgaben. Der durch die Handelsverweigerung drohenden Winderbeschäftigung der Industrie werde am besten durch eine energische Behebung des Baumarktes entgegengetreten.